

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 29.02.2012
Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz
Zeit: 15:00 Uhr – 17:00 Uhr
Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist: 50 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Dr. Christoph Gericke	SPD-Fraktion	Urlaub
Herr Hendrik Haase	Fraktion FDP	dienstlich
Frau Cornelia Knorr	SPD-Fraktion	dienstlich
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	Urlaub
Herr Gordon Tillmann	Fraktion FDP	dienstlich

Verspätetes Erscheinen

Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	16:12 Uhr; TOP 6.3; dienstlich
Herr Joachim Ziems	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:28 Uhr; TOP 6.2; dienstlich

Zeitweilige Abwesenheit

Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP	15:50 Uhr (TOP 6.3) bis 16:42 Uhr (TOP 6.5); Bürgergespräch
----------------------------------	--------------	---

beratend Teilnehmende

Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

Bedienstete der Stadtverwaltung

Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Frau Annekatriin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30

Fraktionsangestellte

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet die Stadtratsmitglieder sich per Abstimmanlage anzumelden, um die tatsächliche Anwesenheit erfassen zu können, welche auch entsprechend in die Niederschrift aufgenommen wird.

Sie informiert, dass Herr Bürgermeister Rochold aufgrund einer Dienstreise für die heutige Stadtratssitzung entschuldigt ist.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es gibt keine Änderung der Tagesordnung. Die Tagesordnung ist somit festgestellt

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschriften der Sitzungen des Stadtrates - öffentlich - vom 25.01.2012 und 08.02.2012
-

Es liegen keine Einwendungen vor. Somit gelten die Niederschriften als genehmigt.

- 4 Informationen der Oberbürgermeisterin
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig lädt die Anwesenden für den 5. März zum Chemnitzer Friedenstag ein, um gemeinsam mit den vielen Unterstützern ein deutliches Zeichen für Frieden und Toleranz, für Demokratie und Weltoffenheit zu setzen. An diesem Tag werde all derer gedacht, die bei den Bombardements am 5. März 1945 in Chemnitz gestorben sind. Es werde nicht zugelassen, dass ewig Gestrige oder neue Nazis diese Erinnerung missbrauchen, um ihre Geschichtsfälschung zu propagieren.

Sie informiert über die stattfindenden Veranstaltungen und wünscht sich für den Chemnitzer Friedenstag, dass friedlich aber deutlich gezeigt werde, dass in Chemnitz kein Platz für Nazis ist.

- 5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass
-

Es gibt keine Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass.

6 Beschlussvorlagen

- 6.1 Abberufung eines stellvertretenden beratenden Mitglieds aus dem Jugendhilfeausschuss und Berufung eines stellvertretenden beratenden Mitglieds in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-005/2012 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Abstimmung über Punkt 1 der Beschlussvorlage

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(53 Ja-Stimmen)**

Wahl zu Punkt 2 der Beschlussvorlage

Zur Wahl vorgeschlagen wird Herr Tobias Stopat.

Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(52 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Beschluss B-005/2012

1. Der Stadtrat stellt fest, dass Herr Frank Prager aus wichtigem Grund aus dem Jugendhilfeausschuss der Stadt Chemnitz ausscheidet und beruft diesen ab.
2. Gemäß § 5 Absatz 1 Sächsischem Landesjugendhilfegesetz vom 29.09.1998 und § 6 Absatz 1 Satzung des Amtes für Jugend und Familie vom 29.06.2000 (zuletzt geändert mit Beschluss B-66/2007 des Stadtrates am 20.06.2007) beruft der Stadtrat für den Rest der Wahlzeit widerruflich Herrn Tobias Stopat als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss der Stadt Chemnitz.

- 6.2 Städtebauliches Entwicklungskonzept - Chemnitz 2020/Gebietsspässe
Vorlage: B-015/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Zur Beschlussvorlage wurden die Stellungnahmen der Ortschaftsräte und des AGENDA-Beirates zur Verfügung gestellt sowie eine Änderung der Verwaltung ausgereicht. Eine zur Beschlussvorlage ausgereichte 1. Änderung der Verwaltung wurde bereits am 31.01.2012 zurückgezogen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) spricht die Anerkennung seiner Fraktion für diese Beschlussvorlage aus, trotzdem sei Einiges daran kritikwürdig. So sei die Vorlage lediglich eine Zustandbeschreibung und beinhalte keine Planung. Dabei sei festzustellen, dass Einiges nicht schlüssig ist und in einzelnen Fällen auch nicht mehr aktuell sei. Hier sei zukünftig schon in der Verwaltung darauf zu achten, dass Teilkonzepte umgesetzt und nicht mit Ausnahmen verwässert werden. Die Vorlage sei zu sehr wachstumorientiert, in Chemnitz gäbe es aber strukturelle Probleme, für welche Lösungsansätze noch stärker in den Fokus gerückt werden müssten. Es fehlen in der Vorlage klare Aussagen zu einem maßvollen Rückbau von Wohnbau in Verbindung mit sinnvollem Rückbau der Infrastruktur. Auch seien in den Gebietsspässen die Handlungs- und Maßnahmenswerpunkte in seltenen Fällen finanziell untersetzt. Deshalb sei es in Vorbereitung zu den nächsten Ein-

wohnerversammlungen wichtig, seitens der Verwaltung eine Prioritätensetzung vorzuschlagen. Ebenso sei es wichtig darüber zu informieren, wie mit Anregungen der Bürger umgegangen worden ist und zukünftig umgegangen werden soll. Als besonders positiv am Bürgerbeteiligungsprozess sehe er die Nutzung der Dialogplattform an, welche deshalb auch bei zukünftigen Projekten angewendet werden solle. Er stellt fest, dass die gemachten Aussagen in allen Gebietspässen zum Thema Klimaschutz und Ausbau erneuerbarer Energien nicht im Entferntesten ausreichen auch nur annähernd die Klimaschutzziele der Bundesregierung erreichen zu können. Er verweist auf die Stellungnahme des AGENDA-Beirates hinsichtlich des Überdenkens von Entwicklungszielen für einzelne Stadtteile. Abschließend erklärt er, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der Fraktion FDP unterstütze. Für den Fall, dass dieser nicht bestätigt werde, beantragt er Einzelabstimmung der Beschlusspunkte 1 und 2 der Beschlussvorlage.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) sagt, dass mit den Gebietspässen, das SEKO anschaulicher gemacht werde. Er halte es für wichtig, die Gebietspässe und die Haushaltsplanung auseinander zu halten und bringt deshalb folgenden Änderungsantrag seiner Fraktion ein:

„Der Punkt 2 des Beschlussvorschlages wird ersatzlos gestrichen.“

Damit sollen die Gebietspässe zur Kenntnis genommen werden, es werde aber vermieden, dass neue Prioritäten gesetzt werden. Er betont, dass zunächst die Pflichtaufgaben, wie Kindertagesstätten, Schulen usw. erfüllt werden müssen und erst danach zu weiteren Aufgaben übergegangen werden könne.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) erinnert, dass die Erarbeitung der Gebietspässe ein Auftrag des Stadtrates an die Verwaltung war. Mit der Vorlage sei eine gute Bestandsaufnahme erfolgt, inhaltlich jedoch sei wenig enthalten. Auch fehlten in dem Konzept Lösungsansätze und Visionen. Die Entwicklungsziele für die Jahre 2015 bis 2020 kämen ebenso zu kurz. Somit sei die Vorlage keine Richtschnur für die Zukunft, sondern lediglich eine Bestandsaufnahme. Auf jeden Fall müsse aber die Beteiligung der Bürger mitgenommen und weiter entwickelt werden.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt, dass seine Fraktion die Zielstellungen der Vorlage ausdrücklich begrüße, da hier auch Defizite erkennbar gemacht wurden. Dabei sei die Kritik berechtigt, dass vorgeschlagene Ideen finanziell untersetzt sein müssten. Auch begrüße seine Fraktion die Beteiligung der Bürger sowohl über die Internetplattform als auch in den Akteurskonferenzen, welche aus Sicht seiner Fraktion zielführend und erfolgreich waren. Bestehende Widersprüche z. B. zwischen ökologischen Zielvorstellungen und Straßenbaumaßnahmen sollten in den jeweiligen Fachkonzepten ausdiskutiert werden. Seine Fraktion werde der Beschlussvorlage, auch wenn sie nicht alle Punkte teile, zustimmen, da sie als Groborientierung genutzt werden könne.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) führt aus, dass die Gebietspässe eine gute Arbeitsgrundlage für die Stadtratsmitglieder für ihre Arbeit in den Stadtteilen seien. Sie spiegeln zwar den Stand 2009/2010 wider, dabei wurden aber eine Menge Änderungen und Vorstellungen eingearbeitet. Er meint, dass diese Beschlussvorlage viel Inhalt habe und nicht lediglich zur Kenntnis genommen, sondern beschlossen werden solle, wenn man die Mitarbeit an den Akteurskonferenzen ernst nehmen wolle. Die Gebietspässe seien fortzuschreiben und die fortgeschriebenen Fachkonzepte fänden ihren Niederschlag im nächsten SEKO oder in den nächsten Gebietspässen. Aus Sicht der SPD-Fraktion sollen die Gebietspässe heute beschlossen werden.

Frau Bürgermeisterin Wessler bedankt sich bei allen Mitarbeitern für die umfangreich geleistete Arbeit. Sie erinnert, dass es ein Beschluss des Stadtrates war, die Ziele des SEKO auf die Größenordnung der Versammlungsgebiete herunter zu brechen. Die Vorlage sei eine Widerspiegelung der Fachkonzepte in diesen Gebieten. So sei dieses Dokument auch für die jährlichen Haushaltsplanungen nutzbar. Sie sagt, dass die Erarbeitung der Gebietspässe zum SEKO und die Akteurskonferenzen sehr wichtig waren. Die Art der Diskussionen mit Bürgern, Vereinen und Verbänden war auch für die Verwaltung sehr bereichernd und aufschlussreich und wichtig für den Gesamtprozess. Sie bittet darum, das Konzept zu Kommunikation für die Ziele der Stadt und auch für weitere Planungen in den Fachämtern zu beschließen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(35 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Somit erfolgt die Beschlussfassung lediglich über den Punkt 1 des Beschlussvorschlages der Vorlage.

Beschluss B-015/2012

Der Stadtrat nimmt die „Gebietspässe zum Städtebaulichen Entwicklungskonzept – Chemnitz 2020“ gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) gibt eine persönliche Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab. Er sei dafür gewesen, dass beide Punkte der Vorlage beschlossen worden wären und sei verwundert, dass bei den oft einstimmigen Vorberatungsergebnissen diese Vorlage nun lediglich zur Kenntnis genommen werde.

- 6.3 Neuabgrenzung "Stadtumbaugebiet Chemnitz"/Anpassung Fördergebietskulisse "Stadtumbau Ost"
Ausweisung und Abgrenzung Fördergebiet "SOP Brühl-Boulevard"
Vorlage: B-047/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktionen FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgereicht.

Frau Bürgermeisterin Wessler führt aus, dass die Beschlussvorlage formal als Grundlage für die Beantragung von Fördermitteln wichtig sei. Diese Vorlage mit den Fördergebietskulissen wurde separat von der Beschlussvorlage zum SEKO vorgelegt, da die Gebiete teilweise über die Wohnversammlungsgebiete hinausgehen und keine scharfe Abgrenzung erfolgen könne. Grundlage für diese Vorlage sei das SEKO 2009. Es sei wichtig, dass Chemnitz klare Prioritäten in den Fördergebietskulissen formuliere und die Gebietskulisse geografisch verkleinere. In der Vorlage spiegeln sich für die einzelnen Gebiete Fragen wie eventuell erforderlicher Rückbau, Teilrückbau oder Aufwertung wider. Sie informiert, dass für den Zeitraum 2012 bis 2016 Fördermittel in Höhe von insgesamt 10,5 Mio. € beantragt werden. Für das Jahr 2012 bedeutet dies eine Beantragung von 1,5 Mio. € für alle Programme der Städtebauförderung.

Sie unterrichtet, dass zum Brühl bereits einmal eine Beantragung, welche negativ beschieden wurde, erfolgte. Gespräche mit dem SMI zeigen, dass eine kleinere Gebietsfestsetzung, so wie sie nun vorgeschlagen werde, mitgetragen werden könne. Mit der Vorlage werden klare Schwerpunkte bei innenstadtnahen Gebieten, wie dem Brühl und dem Sonnenberg, gesetzt und es gäbe demografische Entwicklungen in anderen Gebieten, wofür Stadtentwicklungsziele gemeinsam mit den Unternehmen und den Bürgern vor Ort formuliert werden müssen. Und es gäbe Gebiete, in den die bestehenden Anlagen im öffentlichen Raum ordentlich unterhalten werden müssen.

Herr Stadtrat Schulze (Fraktion DIE LINKE) bringt folgenden Änderungsantrag ein:

Anlage 2 Seiten 7 und 8

*Handlungsraum 5 – Süd
Rückbau von Wohngebieten*

- Die Gebietseinstufung erfolgt als Gebiet „Aufwertung mit Rückbau“. Vorrang hat dabei die Aufwertung.

- Der Rückbau im industriellen Wohnungsbau erfolgt als Teilrückbau.

Änderung:

Anlage 3 Seite 63

Die Gebietseinstufung erfolgt als Gebiet „Aufwertung mit Rückbau.“

Er begründet den Änderungsantrag damit, dass das Heckert-Gebiet in den letzten Jahren die Hauptlast des Stadtumbaus getragen habe und große Teile des Wohnungsabrisses dabei in der Morgenleite erfolgten. Da die in diesem Gebiet tätigen Wohnungsunternehmen offensichtlich zu einer anderen Einschätzung der Situation als in der Beschlussvorlage beschrieben, kommen, sei es seines Erachtens erforderlich die Morgenleite als Stadtumbaugebiet „Aufwertung mit Rückbau“ einzustufen, um dieses Gebiet zu stärken.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) begründet den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP damit, dass mit dem Abbruch des „Forum“ eine neue Möglichkeit entstehe, das Opernhaus an den Brühl anzubinden. Dies erläutert er an Beispielen. Die Auffassung der Verwaltung, dass das Gebiet somit zu sehr ausgedehnt werde, teile er nicht. Nach Ansicht der Einreicher des Änderungsantrages lohne es sich, die städtische Einrichtung in die Entwicklung des Brühls mit einzubeziehen.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass die vorliegende neue Fördergebietskulisse der Forderung des SMI nach Reduzierung Rechnung trage. Fraglich sei jedoch, ob die Reduzierung aus einer Minimierung der zukünftig erwarteten Fördersumme resultiere oder ob lediglich die Konzentration auf Schwerpunkte bei gleich bleibendem Förderumfang das Ziel sei. Es entstehe der Eindruck, dass der Brühl bei aller Wichtigkeit zu Lasten anderer bisherigen Standorte entwickelt werden solle. Besonders überraschend sei dabei die Überlagerung von Fördergebieten. Bei Bestätigung der Vorlage sollte ehrlich gesagt werden, dass der

Anstieg von Leerstand angesichts des statistischen Bevölkerungsrückganges weiter zunehmen werde. Das bedeute für den Wohnungsbestand in Chemnitz eine meilenweite Entfernung von einer Konsolidierung des Wohnungsmarktes. Mit der voran gegangenen und der jetzigen Vorlage umgehe die Verwaltung eine klare Aussage dahingehend, wie aus stadtplanerischer Sicht Wohnungen vom Markt genommen werden müssen. Er merkt an, dass ein weiterer großflächiger Rückbau im Heckert-Gebiet zur Gefährdung der gesamten Wohnlage führe. Auch sei lediglich die Anlage 3 der Beschlussvorlage mit den Wohnungsunternehmen abgestimmt worden, die restlichen Anlagen jedoch nicht. Abschließend sagt er, dass unklare Begriffe verwendet werden, welche einer klaren Definition bedürfen. Seine Fraktion fordere, dass die Verwaltung gemeinsam mit den Wohnungseigentümern an einer vernünftigen Lösung der Leerstandsproblematik arbeite.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) erklärt zum Änderungsantrag von Herrn Schulze, dass dieser aufgrund der Kurzfristigkeit und ohne schriftliches Vorliegen nicht eingeschätzt werden könne.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) hätte sich gewünscht, dass die Kritik und Vorschläge von Herrn Scherzberg im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss benannt worden wären. Solche Sachverhalte in der heutigen Sitzung vorzutragen sei „unter der Gürtellinie“. Dies betreffe ebenso den Änderungsantrag von Herrn Schulze.

Zum Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP sagt er, dass, auch wenn das Anliegen unterstützenswert sei, man trotzdem ehrlich sagen müsse, dass sich daraus für das Theater kurzfristig nichts ableiten lassen werde.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) bittet um Einschätzung der Änderungsanträge durch Herrn Butenop. Er erklärt, dass seines Wissens mit den Wohnungsunternehmen die Vorlage abgestimmt wurde. Solange von Bund und Land kein Förderprogramm aufgelegt werde, könne die Stadt auf diesem Gebiet nichts unternehmen, da keine finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE) fragt zu den von Frau Bürgermeisterin Wessler benannten Fördermitteln, ob dies eine Gesamtsumme sei oder nur für den Haushalt der Stadt zur Verfügung stehe.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) fragt, ob die Vergrößerung des Gebietes entsprechend des Änderungsantrages der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP förderschädlich sei.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass ein so detaillierter Änderungsantrag während der Sitzung erhebliche Probleme bringe, diesen nachvollziehen zu können. Sie fragt ob es richtig sei, dass im Beschlusspunkt 5 ein neues Förderprogramm beschlossen werden solle und es sich somit um keine Neuausweisung, sondern um eine erstmalige Ausweisung des Gebietes für ein neues Förderprogramm „ Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ handle. Insofern meint sie, dass das Gebiet um das Opernhaus dazu gehöre und dies nicht schädlich sei.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) stellt klar, dass er in seinen Ausführungen von der Perspektive für das Opernhaus geredet habe. Er glaube, dass es nicht schädlich sei, das vorgeschlagene Gebiet mit aufzunehmen.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) sagt, dass er die Aufregung wegen des Änderungsantrages nicht nachvollziehen könne, da mehrfach zu grundsätzlichen Fragen Änderungsanträge während der Sitzung eingebracht wurden und auch umfangreiche Änderungen der Verwaltung kurzfristig vor Sitzungen ausgereicht werden. Wenn dies zukünftig anders gemacht werden solle, müsse eine entsprechende Regelung in die Geschäftsordnung aufgenommen werden. Er erklärt, dass der Änderungsantrag aus Hinweisen im Rahmen einer Einwohnersprechstunde entstand und aus diesem Grund so kurzfristig eingereicht wurde. Er erinnert, dass in den Akteurskonferenzen zum Ausdruck gebracht wurde, dass es im Heckert-Gebiet keinen flächendeckenden Rückbau mehr geben werde. Nichts anderes werde mit dem Änderungsantrag beantragt. Das Gebiet solle künftig Aufwertungsgebiet mit Rückbau werden und dieser solle als Teilrückbau festgeschrieben werden.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) sagt, dass man dennoch vor der Sitzung über den Änderungsantrag hätte informieren können und es geholfen hätte, wenn der Antrag schriftlich vorgelegen hätte. Zur Änderung der Geschäftsordnung bezüglich Änderungsanträge stellt er fest, dass keine Frist geregelt werden könne, da dies durch die Gemeindeordnung ausgeschlossen sei.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) äußert ebenfalls zum Änderungsantrag, dass für solch wichtige Änderungen Zeit zur Diskussion benötigt werde. Zu den Ausführungen von Herrn Dr. Füsslein verweist er auf den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP und stellt fest, dass die Öffnung des Brühls nicht im Antrag enthalten sei. Sei dieses jedoch gewünscht, müsse es Inhalt des Änderungsantrages werden.

Herr Stadtrat Dr. Müller (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass mit dieser Diskussion der Eindruck erweckt werde, dass die Arbeit des Stadtrates lediglich hier im Stadtrat stattfinde. In der Sitzung solch komplexe Vorgänge zu beginnen sei unehrenhaft.

Frau Bürgermeisterin Wesseler erläutert und bewertet den Änderungsantrag von Herrn Gintschel und Herrn Schulze.

Sie sagt, dass Teilrückbau schwierig durchzusetzen sei, kompletter flächendeckender Rückbau im Heckert-Gebiet im Moment jedoch nicht mehr thematisiert sei. Mit der Forderung des Teilrückbaus könnten insgesamt die Förderanträge gefährdet werden. Man könne Teilrückbau machen, müsse diesen dann aber auch finanzieren können, als Vorgabe gehe dies nicht.

Zur Aussage des Herrn Scherzberg zur Einbeziehung der Wohnungsunternehmen sagt sie, dass keine Informationen zurückgehalten wurden, auch die Anlage 4 der Beschlussvorlage Bestandteil der Unterlagen war und zwei Beratungen mit dem Arbeitskreis Wohnen stattgefunden haben.

Zum Änderungsantrag zur Gebietserweiterung des Brühls erklärt sie, dass zur Erweiterung des Brühls bereits bei der ersten Ausschreibung des neuen Programms Fördermittel beantragt wurden, welche nicht bewilligt wurden, da das Gebiet zu umfangreich war. Sie könne nicht eindeutig sagen, ob der Änderungsantrag förder-schädlich sei, aber sie betont, dass es eine Frage der Prioritätensetzung sei. Mit dem Gebiet entsprechend der Vorlage können konkrete Maßnahmen benannt werden, welche auch das Gesamtbudget des Förderprogramms berücksichtigen.

Zur Frage von Herrn Zais zur Summe der Fördermittel erklärt sie, dass diese Höhe die Fördermittelzuwendungen zusammenfasse und es sich um Fördermittel des Bundes und des Landes handle, welche alle Programme umfasse. Üblicherweise müsse die Stadt dabei 1/3 Eigenanteil aufbringen. Teilweise seien es aber auch Fördermittel, bei welchen die Stadt keinen Eigenanteil leisten müsse.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob sie es richtig verstanden habe, dass bereits ein Antrag zum Brühl unter Einbeziehung des mit Änderungsantrag beantragten Gebietes abgelehnt und deshalb das zusätzliche Gebiet nicht in die Planung mit aufgenommen wurde.

Frau Bürgermeisterin Wesseler macht deutlich, dass mit erstmaliger Ausschreibung des Programms die Stadt Chemnitz bei der SAB einen Förderantrag gestellt habe, welcher ein größeres Gebiet als das zusätzlich beantragte beinhaltete.

Herr Butenop (Amtsleiter Amt 61) führt aus, dass für das Jahr 2011 bereits ein Antrag auf Fördermittel für ein sehr groß gewähltes Gebiet gestellt und abgelehnt wurde, da es vom Freistaat als viel zu groß bewertet wurde. Deshalb wurde es jetzt auf den Brühlboulevard mit angrenzenden Quartieren beschränkt. Es wird davon ausgegangen, dass das Gebiet jetzt nach den Vorabstimmungen mit dem Land genehmigungsfähig wäre. Gemeinsam mit dem Fördermittelgeber wäre zu prüfen, ob die beantragte Erweiterung förderschädlich wäre oder nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig möchte wissen, ob nachträgliche Veränderungen aufgenommen werden könnten.

Herr Butenop erklärt, dass ein Fördergebiet durch den Stadtrat beschlossen werden müsse. Das Programm an sich schließe nicht aus, dass eine Fortschreibung versucht werde. Dies wäre bei konkret vorliegendem Anlass Verhandlungssache mit dem Fördermittelgeber.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) fragt, ob es ein Förderprogramm für privates Eigentum z. B. an Gründerzeithäusern gäbe.

Frau Bürgermeisterin Wesseler informiert, dass klassische Städtebauförderprogramme die Antragstellung von privaten Eigentümern ermöglichen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ergänzt, dass sie eine Erweiterung der Fördergebietskulisse im Moment nicht für klug halte und begründet dies. Es habe intensive Vorgespräche mit dem SMI gegeben, die Fördergebietskulisse entsprechend der Vorlage zu beantragen, um eine Chance auf Fördermittel zu haben. Auch sehe sie für die nächsten Jahre nicht die Möglichkeit die Erweiterung zu realisieren. Sie rät der Erweiterung der Fördergebietskulisse nicht zuzustimmen und das Gebiet entsprechend der Beschlussvorlage beizubehalten.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) ändert den Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und FDP wie folgt:

*„Die Fördergebietsgrenze Anlage 6 wird wie folgt erweitert:
Die Abgrenzung eines Fördergebietes im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ für das Gebiet Brühl gemäß Anlage 6 wird **in Abstimmung mit den Fördermittelgebern** von der Färberstraße bis zur Käthe-Kollwitz-Straße erweitert (siehe Änderung, schraffierte Fläche).“*

Herr Stadtrat Schulze (Fraktion DIE LINKE) ändert den von ihm eingereichten Änderungsantrag in dem der zweite Satz „*Der Rückbau im industriellen Wohnungsbau erfolgt als Teilrückbau*“ gestrichen wird.

Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN, DIE LINKE und Fraktion FDP

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(27 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)

Abstimmung über den geänderten Änderungsantrag des Herrn Gintschel und Herrn Schulze

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(14 Ja-Stimmen, 29 Ja-Stimmen,
11 Stimmenthaltungen)

Beschluss B-047/2012

Der Stadtrat nimmt das Konzept zur „Anpassung der Fördergebietskulisse Stadtumbau Ost“ in der Fassung vom 3. November 2011 gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage zur Kenntnis.

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Neuabgrenzung des „Stadtumbaugebietes Chemnitz“ entsprechend § 171 b BauGB mit den Handlungsräumen Mitte-West, Mitte, Ost, Süd-Ost, Süd und West in der Fassung vom Januar 2012 gemäß Anlage 4 der Beschlussvorlage.
2. Die Ausweisung und Abgrenzung des „Fördergebietes Stadtumbau Ost Chemnitz“ mit den Handlungsräumen Mitte-West, Mitte, Ost, Süd-Ost, Süd und West, gültig ab Programmjahr 2012 in der Fassung vom Januar 2012 gemäß Anlage 4 der Beschlussvorlage.
3. Die Gebietszuordnung nach Handlungsschwerpunkten in der Fassung vom November 2011 gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage, Seite 87.
4. Die Fördersystematik entsprechend Gebietszuordnung gemäß Anlage 5 der Beschlussvorlage.
5. Die Ausweisung und Abgrenzung eines Fördergebietes im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren (SOP)“ für das Gebiet Brühl-Boulevard in der Fassung vom Januar 2012 gemäß Anlage 6 der Beschlussvorlage. Die Fördergebietsgrenze Anlage 6 wird wie folgt erweitert: Die Abgrenzung eines Fördergebietes im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ für das Gebiet Brühl wird in Abstimmung mit den Fördermittelgebern von der Färberstraße bis zur Käthe-Kollwitz-Straße erweitert.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)

- 6.4 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes
Nr. 93/21 "Posthof" Teil A: Rathausstraße/Johannisplatz
Vorlage: B-044/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Die öffentliche Abwägung erfolgte im Planungs-, Bau- und Umweltausschuss am 07.02.2012. Aus diesem Grund werden alle Punkte des Beschlussvorschlages en bloc abgestimmt.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-044/2012

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Abwägungen zum Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93/21 "Posthof" Teil A: Rathausstraße/Johannisplatz
2. Aufgrund des § 10 i.V.m § 13a des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S.2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S.200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 93/21 "Posthof" Teil A: Rathausstraße/Johannisplatz, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 05.09.2011 als Satzung (Anlage 3 der Beschlussvorlage).
3. Die Begründung in der Fassung vom 05.01.2012 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

- 6.5 Satzungsbeschluss über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 93/21
"Posthof" Teil B: Johannisplatz/Brückenstraße
Vorlage: B-043/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-043/2012

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 93/21 "Posthof" Teil B: Johannisplatz/Brückenstraße gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(54 Ja-Stimmen)**

7 Informationsvorlage

Jahresbericht 2011 zur Europaarbeit der Stadt Chemnitz
Vorlage: I-008/2012 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

Herr Stadtrat Reinshagen (Fraktion FDP) fragt, warum in der Vorlage die CWE und CMT nicht enthalten seien.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, ob es zum Europäischen Bürgerbeauftragten Kontakt bzw. Formen der Zusammenarbeit gäbe.

Durch die **Oberbürgermeisterin** wird die schriftliche Beantwortung der Fragen zugesichert.

8 Beschlussantrag

8.1 Konsolidierungskonzept für den Chemnitzer Tierpark
Vorlage: BA-003/2012 Einreicher: Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, DIE LINKE, SPD, Herr Stadtrat Wolf

Herr Stadtrat Lehmann (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) begründet den Beschlussantrag und führt aus, dass der Tierpark mit 164.000 Besuchern im Jahr 2011 die besucherstärkste Einrichtung der Stadt sei. Dabei gäbe es jedoch in vergleichbaren Städten die doppelte Besucheranzahl. Dem Tierpark müsse mehr Aufmerksamkeit geschenkt und es müssten Verbesserungen angestrebt werden. Um die Attraktivität des Tierparks erhalten zu können, müssten Werterhaltungen und Investitionsplanungen für die nächsten zehn Jahre erfolgen und es werden Visionen gebraucht. Zwischen den vier Naturbildenden Einrichtungen der Stadt müssten Synergien entwickelt werden. Dabei sollten auch neue Betreiberformen in Betracht gezogen werden. Am Anfang müsse eine Bestandsanalyse stehen, auf welche ein Personalkonzept und ein Konzept für Werterhaltungsmaßnahmen sowie Entwicklungsziele aufgebaut werden.

Er bringt folgende Änderung des Einreichers zum Beschlussantrag ein:

„Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, dem Stadtrat bis zum September 2012 ein Konsolidierungskonzept für den Chemnitzer Tierpark zur Beratung vorzulegen.“

Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP) erklärt, dass die Fraktion FDP diesen Antrag unterstütze und nur aus organisatorischen Gründen nicht als Einreicher im Antrag enthalten sei.

Herr Bürgermeister Runkel führt aus, dass die Verwaltung den Beschlussantrag grundsätzlich begrüße. Er gibt jedoch zu bedenken, dass die Stelle des stellvertretenden Leiters des Tierparks nicht besetzt sei und es so sehr schwer werde ein entsprechendes Konzept zu erstellen. Als Termin sähe er Ende 2012 als realistisch.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) äußert sein Unverständnis darüber, dass die personellen Probleme noch nicht angegangen wurden und dass die Stelle noch nicht wieder besetzt sei.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, wann eine Neubesetzung der Stelle erfolge und woran es liege, dass diese noch nicht besetzt sei.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass es noch internen Abstimmungsbedarf zur Organisation und personellen Gestaltung der Stelle gäbe.

Beschluss BA-003/2012

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, dem Stadtrat bis zum September 2012 ein Konsolidierungskonzept für den Chemnitzer Tierpark zur Beratung vorzulegen.

Bestandteile des Konzepts sollen u. a. sein:

- Analyse und Planung des zur Aufgabenerfüllung notwendigen Personals (Stellenplan)
- zukünftige Entwicklungsziele des Tierparks (einschließlich pädagogischer Ziele)
- notwendige Instandhaltungsmaßnahmen/Investitionen inklusive Mittelbedarf (Jahresscheiben)
- Marketing- und Öffentlichkeitsmaßnahmen zur Erreichung der Entwicklungsziele
- Analyse der derzeitigen Betreiberform (Vor-/Nachteile) einschließlich möglicher Optionen (Eigenbetrieb, gGmbH etc.) und deren Vor- /Nachteile

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(54 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

9 **Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte**

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) fragt im Zusammenhang mit dem im EKKo beschlossenen umfangreichen Personalabbau, ob die Verwaltung jetzt schon plane, dem Stadtrat ein Struktur- und Raumbedarfskonzept vorzulegen. Wenn ja, möchte er wissen, wann dies vorgelegt werden soll. Wenn kein Konzept geplant sei, möchte er wissen warum nicht.

Frau Stadträtin Dr. Becherer (SPD-Fraktion) gibt eine schriftliche Anfrage ab.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass die Stadt Chemnitz bei der heutigen Entscheidung in Kassel für die Ausrichtung des Bundesweiten Werkstattentags für behinderte Menschen im Jahr 2016 ausgewählt wurde.

- 10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion)** und **Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE)** bestätigt.

07.03.2012 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

13.03.2012 *S. Kempe*
Datum Solveig Kempe
Mitglied
des Stadtrates

02.04.2012 *Hopperdietzel*
Datum Jörg Hopperdietzel
Mitglied
des Stadtrates

06.03.2012 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin